

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 304 | 07-08/2022 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€

ehemals:
ISA  **SLP**
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE Sozialistische Linkspartei



ORGANISIEREN, STREIKEN, GEWINNEN!

AUS DEM INHALT

- » Die Nato löst den **Krieg in der Ukraine** nicht
Russische Sozialist*innen gegen Putin: Ein Interview **Seite 5**
- » Es ist klar: Wir brauchen **große Veränderungen**. Doch wie sollen die aussehen wie können wir sie erreichen? **Schwerpunkt**
- » Alles wird teurer und die Gewerkschaft reagiert lahm. Wir müssen einen echten **heißen Herbst** von unten organisieren **Seite 6**

**WER
WIR
SIND**



» **Vorwärts ist die Zeitung der ISA, der Internationalen Sozialistischen Alternative, vormals SLP (Sozialistische Linkspartei).** Seit 1983 erscheint diese inzwischen älteste durchgängig erscheinende sozialistische Zeitung des Landes.

» Der tägliche Wahnsinn des Kapitalismus zeigt: Es braucht eine sozialistische Zeitung - und eine sozialistische Organisation. Überall Krisen: Die Klimakrise erzeugt Extremwetter, Hunger und Flucht, die Wirtschaftskrise Arbeitslosigkeit und Armut. Die Krise des Kapitalismus bringt Krieg und Zerstörung. Die politische Krise stärkt rechte Kräfte. Das kann Angst machen - und erzeugt Widerstand mit Protesten und Arbeitskämpfen. Denn so kann es einfach nicht weitergehen. Es mangelt nicht an der Bereitschaft, sich zu wehren und zu kämpfen. Doch oft mangelt es am Plan, was konkret zu tun ist, am Programm, das einen echten Ausweg aufzeigt.

» Als Sozialist*innen sind wir überall dabei, wo sich Menschen gegen Ungerechtigkeiten wehren und verbinden diese Kämpfe mit einer sozialistischen Perspektive.

» Wir sind aktiv und Teil von Bewegungen gegen Krieg, Bildungsabbau und Rassismus. Mit der sozialistisch feministischen Initiative ROSA führen wir Proteste in frauendominierten Branchen mit dem Widerstand gegen Sexismus und dem Kampf um eine

Systemalternative zusammen. Wir bauen als aktive Beschäftigte und kämpferische Betriebsrät*innen Widerstand am Arbeitsplatz auf und kämpfen für einen Kurswechsel der Gewerkschaften.

» Wir sind international und Teil der "International Socialist Alternative" (ISA), der Organisationen und Parteien in über 30 Ländern auf allen Kontinenten angehören. Wir stehen in den besten Traditionen der österreichischen und internationalen Arbeiter*innenbewegung.

» Wir sind demokratisch und bei uns gibt es keine Privilegien. Wir diskutieren und entscheiden gemeinsam - und setzen dann gemeinsam um. Wir sind vom Establishment, bürgerlichen Parteien und Konzernen unabhängig und unsere Funktionär*innen beziehen maximal ein Durchschnittseinkommen.

» Wir kämpfen für eine sozialistische Gesellschaft, die demokratisch und nach den Bedürfnissen der Menschen organisiert ist. Stalinismus und die SPÖ haben und hatten nichts mit Sozialismus zu tun.

» Mehr über unsere Ideen kannst du in dieser Zeitung lesen. Komm zu unseren Aktionen und Treffen, um mit uns zu diskutieren und selbst aktiv zu werden!

TREFFPUNKTE

GRAZ

jeweils Montag, 19:00 Uhr

LINZ

jeweils Montag, 18:30 Uhr

SALZBURG-STADT

auf Nachfrage

VÖCKLABRUCK

auf Nachfrage

WIEN

ISA Wien West

jeweils Montag, 18:30 Uhr

ISA Brigittenau 1

jeweils Dienstag, 18:30 Uhr

ISA Brigittenau 2

jeweils Donnerstag, 18:30 Uhr

Wegen Corona finden die Treffen sehr unterschiedlich statt, in den Lokalen, auf Zoom oder im Freien. Wir freuen uns auf Deine/Ihre Teilnahme. Bitte vorher unter slp.at/kalender schauen, wo bzw. wie das Treffen stattfindet bzw. unter slp@slp.at die Einwahldaten für Online-Treffen erfragen.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion:
Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien
Herstellungs- und Verlagsort: Wien
DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U
Abo-Zahlungen & Spenden:
IBAN: AT 25600000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

**TERMIN DES MONATS
PRIDE SALZBURG**

**3.9. | 16.00
Salzburg
Hauptbahnhof**

Wenn du mit uns die Pride zum Protest machen willst, melde dich, wir fahren auch aus anderen Städten gemeinsam hin! Denn queere Rechte sind auch das Recht auf umfassende Gesundheitsversorgung und leistbares Wohnen für alle!

Setz die rosa Brille auf, Doomer!

von Sonja Grusch

Endlich ist er da, der Sommer. Wir werden ihn genießen nach einem weiteren Jahr Corona. Der Sommer 2022 wird wohl bei vielen was von "ein letztes Mal auf den Putz hauen" haben. Weil wer darauf schaut, was kommt, kann eigentlich nur in Angst und Depression verfallen. Der Krieg rückt immer näher. Das Leben wird unerschwinglich. Der Stress in Schule und Job steigt. Die nächste Wirtschaftskrise steht bevor. Der Planet heizt sich auf. Und Corona kommt spätestens im Herbst auch wieder. Und für all das ist ganz offensichtlich keine Lösung in Sicht. Die herrschende Politik als überfordert zu bezeichnen ist die Untertreibung des Jahrhunderts. Sie versagt auf voller Linie.

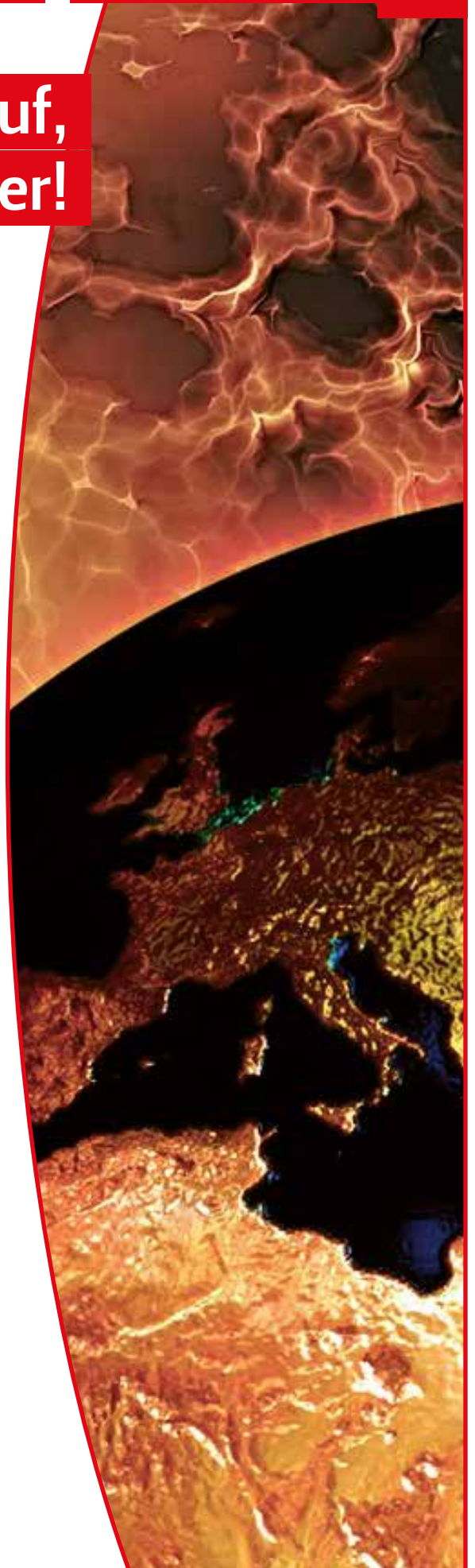
Die Studien häufen sich, die eine Zunahme psychischer Erkrankungen feststellen. Corona hier als Ursache zu nennen, greift zu kurz. Es ist die Erkenntnis, dass "alles den Bach runter geht". Sind wir also alle "Doomer", also Pessimist*innen angesichts der Krisen? Eine simple Darstellung, oder eigentlich wieder mal eine, die die Erklärung beim Individuum sucht. Nicht das System ist da schuld, das diese katastrophale Perspektive produziert, sondern du, wenn du so einen pessimistischen Ausblick hast. Setz dir einfach die rosa Brille auf, sieh das Gute, erfreue dich an den kleinen Dingen. Die Butter am Brot ist eh ungesund, zuhause ist es doch am schönsten und ist doch toll, wenn wir bald Mangos und Ananas im Burgenland anbauen können.

Und jetzt mal stopp!

Es ist ja nicht so, dass die Mehrheit der Menschen hierzulande im Luxus leben würde. Ja, vielen Menschen in anderen Regionen der Welt geht es noch viel schlechter. Doch wohin

führt eine solche Argumentation? Wir sollen dankbar sein für die Brosamen, die uns die Reichen überlassen?! Oder noch schlimmer, wir sollen unsere Bedürfnisse noch weiter runterschrauben, "fürs Klima" oder wahlweise auch "für die westlichen Werte". Was für eine Lüge und was für ein Zynismus! Es ist das alte Spiel der Herrschenden, um sich ihre Privilegien und ihren dekadenten Lebensstil zu sichern. Weder in der Ukraine, noch in Russland werden die Menschen in Folge dieses Krieges mehr mitzureden haben, weil die Oligarch*innen weiter die Strippen ziehen. Und die globale Erwärmung kann nur mit der Umstellung der Produktion im Großen in den Griff bekommen werden.

Ist also angesichts der Vielzahl von Problemen die Menschheit dem Untergang geweiht? Rosa Luxemburg hat vor über 100 Jahren erklärt, dass wir die Wahl zwischen Barbarei und Sozialismus haben. Der Kapitalismus bringt ersteres. Zweiteres zu erreichen ist keine leichte Sache. Doch angesichts der Alternative unbedingt notwendig. Die Millionen, die für Demokratie und Klimagerechtigkeit, für Frauen- und LGBTQI+ Rechte, für ordentliche Bezahlung und mehr Personal, gegen Aufrüstung und gegen Rassismus auch trotz Repression immer wieder aufstehen und sich organisieren sind der Beweis dafür, dass die Menschheit eine echte Chance auf eine Zukunft hat. Den Sommer zu genießen ist eine gute Sache, wir brauchen die Energie für die Kämpfe, die vor uns liegen. Weil uns nichts geschenkt werden wird, sondern wir uns unsere Zukunft erkämpfen müssen.



Arbeit: Ein notwendiges Übel?

beide Artikel von Sonja Grusch

Die Unternehmen suchen händeringend nach Arbeitskräften. Viele sind nicht mehr bereit, jeden noch so lausigen Job anzunehmen und sich alles gefallen zu lassen. Studien zeigen, dass Menschen kürzer arbeiten wollen. Die "work-life-balance" muss stimmen. So neu ist die Sache allerdings nicht. Kürzere Arbeitszeiten sind eine Forderung der Arbeiter*innenbewegung seit ihren Anfängen. 40 Wochenstunden sind nicht die "natürliche" Arbeitszeit, von der man nun plötzlich abgeht. Die letzte generelle Arbeitszeitverkürzung gab es in Österreich 1975 - da war ein Großteil der aktuell Erwerbstätigen noch nicht einmal geboren. Der technische Fortschritt ist aber weiter gegangen, d.h. wir leisten heute weit mehr in derselben Arbeitszeit als vor 47 Jahren. Spätestens seit den 1990er Jahren stagnieren die Reallöhne bestenfalls. Im Kern bedeutet das: Die Reichen werden durch unsere Arbeit immer reicher, für uns aber steigt die Belastung.



Dieser kapitalistische Wahnsinn wird uns von der Propaganda der Herrschenden als Normalzustand eingebläut. Corona hat hier eine spürbare Veränderung gebracht, die aber bereits mit der Krise 2007 begonnen hat. Nicht nur, dass vielen "die Arbeit" in den Lockdowns nicht wirklich abgegangen ist, ist offensichtlich geworden, dass es nicht am Geld mangelt. In der 2007er Krise wurden über Nacht astronomische Summen für die Banken locker gemacht. Unter Corona wiederholte sich das mit den Hilfspaketen für die Wirtschaft. Es ist also Geld da. Das Dogma vom "wir müssen alle sparen" zerfiel. Gleichzeitig wurde deutlich, wer eigentlich wirklich alles am laufen hält. Die "Systemerhalter*innen"

und "essentiellen Jobs" waren nicht in Banken, Politik und Chefetagen, sondern in Spital, Schule und Supermarkt. Dass der Erkenntnis aber keine bessere Bezahlung folgte, sondern nur noch mehr Stress, macht zu Recht wütend. Das neue Selbstbewusstsein führt dazu, dass Arbeitssuchende "wählerisch" werden und Beschäftigte Forderungen erheben.

Diese Situation aber ist für die Unternehmen ein Problem, da sie wettbewerbsfähig bleiben/werden müssen. Also soll der Staat für sie mit Zuckerbrot (staatliche Lohnsubvention wie bei der Kurzarbeit) und Peitsche (Verschärfungen bei Arbeitslosen) dafür sorgen, dass ausreichend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Generelle Arbeitszeitverkürzung jetzt!

Eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Einkommen, bei der entsprechend mehr Leute angestellt werden, ist nötig. So würden 1) die Arbeitslosigkeit bekämpft, 2) die Situation der Beschäftigten verbessert und 3) wir ein bisschen des Reichtums, den wir erwirtschaftet haben, zurück bekommen.

Eine individuelle Arbeitszeitverkürzung, wo sich jedeR einzeln ausmacht, weniger zu arbeiten und weniger zu verdienen, ist für viele nicht leistbar. Das "Recht auf Teilzeit" ist bestenfalls für Besserverdienende attraktiv, für andere, insbesondere

Frauen, wird es meist zur Armutsfalle.

Doch eine Arbeitszeitverkürzung auf 35-Stunden ist eigentlich viel zu wenig. Würde alle sinnlose Arbeit eingespart, Produkte langlebiger erzeugt und alle technischen Möglichkeiten eingesetzt werden, dann würde sich die notwendige verbleibende Arbeit stark reduzieren. Und wenn wir dann auch noch selbst die Arbeitsbedingungen mitentscheiden können und darüber, was wann wie und warum gearbeitet wird, dann wird Arbeit von einer Last zu einer Bereicherung.

Dann fällt auch die Mauer zwischen "Job" und "Freizeit". Wir alle arbeiten ja in unserer Freizeit sehr viel: Ehrenamtlich in diversen Vereinen von der Stadtverschönerung bis zur Altenpflege, bei der IT-Entwicklung im open-source Bereich und kreativ in Theatergruppen oder Chören. "Arbeit" ist also nicht das Problem, sondern wer darüber entscheidet und wer davon profitiert. Wollen wir über unsere Arbeit und ihre Früchte verfügen, dann ist das mit dem Kapitalismus und seiner Profitlogik unvereinbar.

NATO, Neutral oder was?

von Anna Hiermann

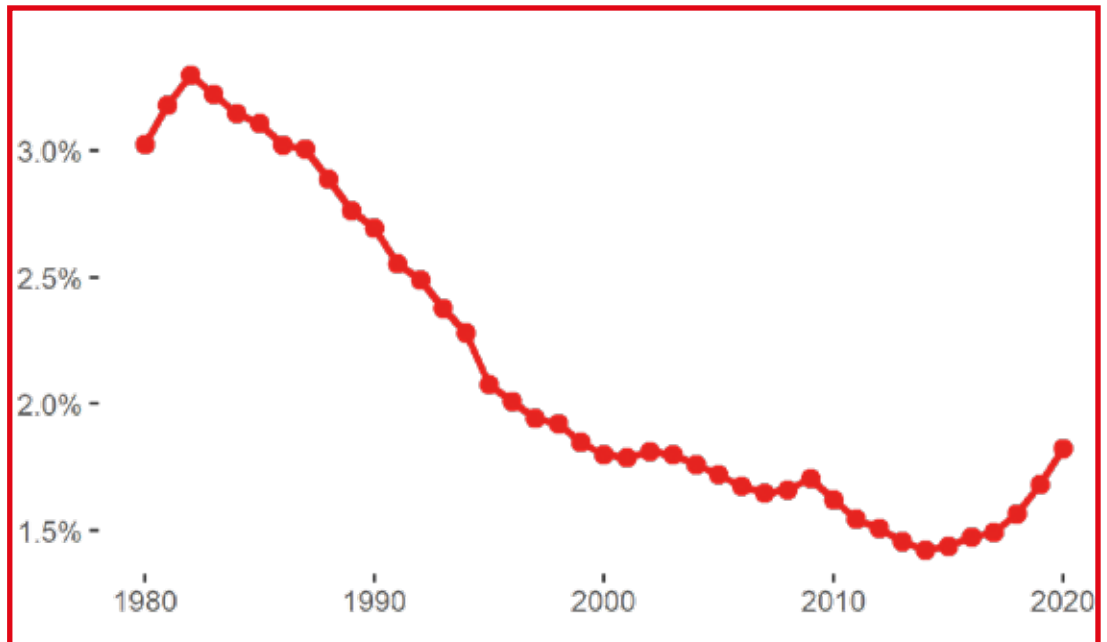
Spätestens seit dem Ausbruch des Ukrainekrieges werden die Stimmen für einen Beitritt zur NATO wieder lauter. So vertritt z.B. der Ex-Armeechef Günter Höfler die Meinung „Bester Schutz für Österreich ist ein Beitritt zur Nato.“ Auch in der ÖVP wird über die Beibehaltung der Neutralität diskutiert: Während sich der ehemalige Nationalratspräsident Andreas Khol für einen NATO- Beitritt ausspricht, sind andere ÖVP Politiker*innen wie Karl Nehammer (noch) für die Beibehaltung der Neutralität. Am Nato-Gipfel in Madrid nahm Nehammer dennoch teil.

Österreich: Ein neutraler Staat?

Bei großen Teilen der Bevölkerung hat die Neutralität einen hohen Stellenwert. Grundsätzlich ist die damit verbundene Ablehnung von Krieg, Aufrüstung und Nato positiv. Seit dem EU-Beitritt ist Österreich Mitglied der “Partnership of Peace”. Somit arbeitet Österreich enger mit der NATO zusammen, als die etablierte Politik zugibt. Die Neutralität ist also weniger Friedensinstrument als Mythos. Das zeigt die Stationierung von UNO “Friedenstruppen” im Tschad, wovon auch österreichische Soldaten Teil sind. Diese dienen weniger dem Wohl der dort lebenden Menschen, als der Sicherung der Interessen österreichischer Großkonzerne und Banken. Auch hat Österreich im Irakkrieg zusätzlich Truppen auf den Balkan geschickt, damit andere Nato-Staaten ihre Truppen für den Irakkrieg einsetzen konnten. Somit bleibt am Ende des Tages von der hochgeschätzten Neutralität nicht viel übrig.

Die NATO ist kein Friedensinstrument

Viele Menschen innerhalb und außerhalb der Ukraine fordern die NATO auf, in den Krieg einzugreifen, um ihn zu beenden. Von Menschen, die um Freund*innen und Verwandte in der



Durchschnittliche Militärausgaben der NATO-Länder in % des BIP

Seit der Annexion der Krim durch Russland 2014 erleben wir die langanhaltendste Steigerung der Militärausgaben seit Jahrzehnten.

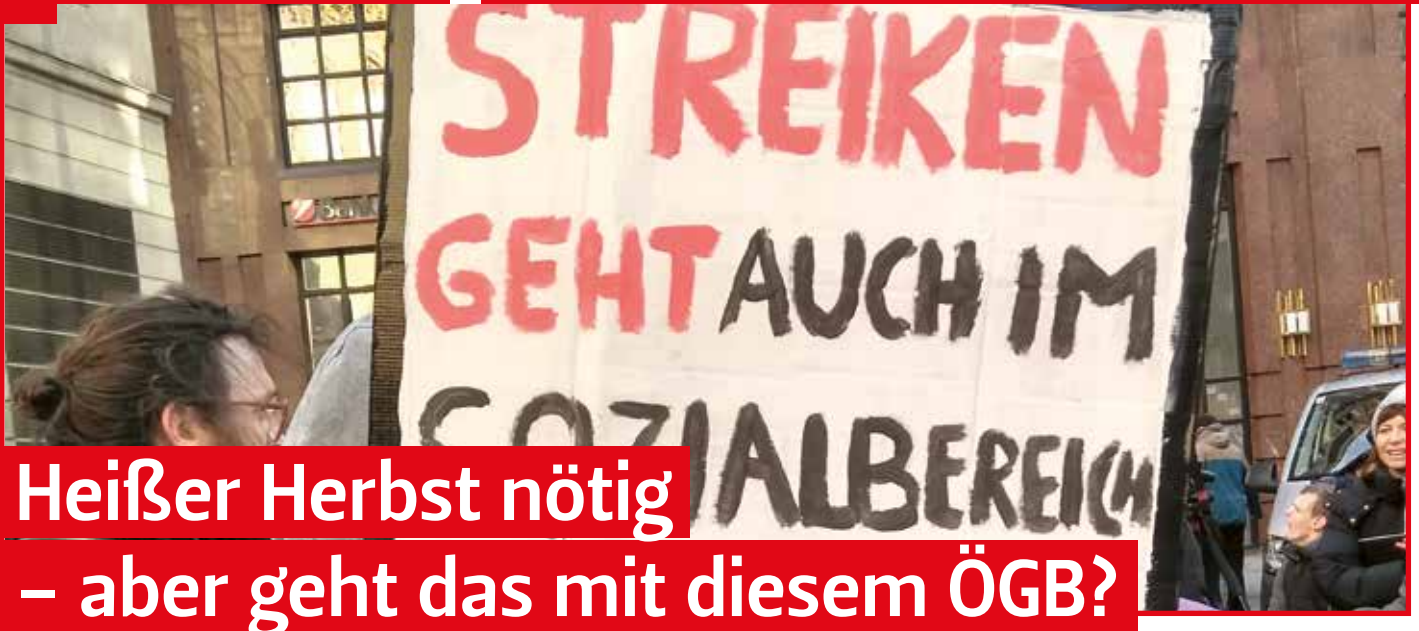
Grafik: Dylan Pattillo

Info

Ukraine bangen, ist das verständlich. Jedoch würde das Einschreiten der NATO den Konflikt weiter eskalieren. Außerdem geht es diesem Bündnis nicht um Friedenssicherung oder Demokratie, sondern um die Sicherung von wirtschaftlichem und geopolitischem Einfluss im Konflikt USA-China/Russland. Daher wird die systematische Unterjochung Kurdistans durch das NATO-Mitglied Türkei ignoriert. Palästinenser*innen erfahren trotz jahrzehntelanger israelischer Aggression keinerlei Solidarität. Schließlich sind Türkei und Israel wichtige Bündnispartner. Mit einem Militärbündnis, das aus Kriegstreibern besteht, lässt sich kein Frieden schaffen. Und doch setzen alle etablierten Parteien auf Investitionen ins Militär. Doch jeder Euro, der in Tötungsmaschinen investiert wird, fehlt am Ende des Tages bei Gesundheit, Bildung, Umwelt etc. ... aber auch humanitärer Hilfe.

Was ist nun die Alternative zu Aufrüstung, Nato oder auch Neutralität? Es braucht eine möglichst große Antikriegsbewegung, die sich gegen die Kriegshetze der herrschenden Klasse

und auch gegen ihre Profitinteressen stellt. Eine der Hauptforderungen solcher Bewegungen muss das Ende der Aufrüstung sein. Arbeiter*innen überall leiden am meisten unter Aufrüstung und Krieg, daher sind es gerade Jugendliche und Arbeiter*innen auch in Russland, die trotz harter Repressionen aktiv sind und es Putin schwerer machen, den Einmarsch in die Ukraine zu rechtfertigen. Außerdem braucht es solche Bewegungen ebenfalls in anderen Ländern, um zu verhindern, dass sich andere Regierungen bzw. NATO Staaten an dem Krieg beteiligen. Um Kriege langfristig zu überwinden, führt kein Weg am Sturz des Systems vorbei. Ohne die Überwindung des Kapitalismus wird der unbarmherzige Kampf um Ressourcen und Einfluss nämlich weitergehen. Diese Bedrohung kann jedoch nicht durch die Unterstützung des “eigenen” oder eines anderen imperialistischen Staates beseitigt werden. Stattdessen braucht es eine demokratische Kontrolle der Gesellschaft, der Wirtschaft und natürlich auch des Militärs durch die Arbeiter*innen klasse.



Heißer Herbst nötig – aber geht das mit diesem ÖGB?

von Peter Hauer und Jan Millonig

Drohende Wirtschaftskrise, vermeintliche Entlastungspakete, die weitere Kürzungen bringen werden und eine Gewerkschaft, die jammert, aber bestenfalls ratlos ist. Mit dieser Kombination steuern wir auf einen interessanten Herbst zu, der eigentlich umfassende Proteste braucht.

Doch die Gewerkschaftsspitze setzt immer noch auf "Sozialpartnerschaft". Die sieht sie als Weg, das Gesamtsystem mitzuverwalten und hat dabei *nicht* den Anspruch, nur die Interessen von Arbeitnehmer*innen durchzusetzen. Die einzige Perspektive ist die SPÖ in die Regierung. Dass diese längst kapitalistische Politik umsetzt, aktuell in Wien, wo die Strompreise um über 90% steigen, wird ignoriert.

Beschäftigte wütend über Regierung & Gewerkschaft

Auf der anderen Seite Verzweiflung und Wut bei vielen Beschäftigten. Diese richten sich – zu Recht – gegen Regierungen UND Gewerkschaftsspitze. Letztere versucht den Spagat zwischen dem Druck von unten, dem sie teilweise nachgeben muss, und ihrem Interesse, am Verhandlungstisch mit Staat und Bossen zu sitzen.

Nach einem 3 Jahres KV im privaten Sozialbereich wurden auf der Wiener Betriebsrät*innenkonferenz Forderungen nach 750,- mehr Gehalt und der 35-h-Woche ab 2023 beschlossen.

Die zuständige GPA ist mit der hohen Forderung sichtlich unglücklich. Bei einer Demonstration des Wiener Sozialbereichs am 23.6. hatten viele Kolleg*innen das Gefühl, die Gewerkschaft habe nicht viel beizusteuern – die Demonstration war nicht einmal auf der Gewerkschaftshomepage zu finden!

Bei Kepler Uni-Klinikum und Barmherzigen Brüdern in Linz fanden auf Initiative der Betriebsräte Betriebsversammlung bzw. Warnstreik statt. Hier zeigte sich, welchen Druck der Unmut der Beschäftigten auf Betriebsräte und dadurch letztlich auf die Gewerkschaftsführung ausübt.

Nach dem Abschluss im BABE-KV (Deutschtrainer*innen) mussten sich die Verhandler*innen in einer von Beschäftigten und Betriebsrät*innen organisierten Veranstaltung für den miesen Abschluss rechtfertigen – es mangelte nicht an wütender Kritik. Und selbst auf der zahmen Teuerungskonferenz des ÖGB bekam nur die Forderung "auf die Straße zu gehen" richtigen Applaus.

Wie geht nun heißer Herbst?

Tatsächlich schuldet uns die Gewerkschaft einen konkreten Plan, wie (selbst ihre eigenen) Forderungen erreicht werden sollen. Der ist aber nicht zu erwarten. Ein heißer Herbst, der echte Verbesserungen bringt, braucht Forderungen, die Beschäftigte branchenübergreifend mobilisieren – wie z.B. die automatische Anpassung der

Löhne/Gehälter an die Inflation. Das kann in Betriebsversammlungen und Betriebsräte- und Aktivist*innentreffen diskutiert und beschlossen werden. Es gibt aktuell Proteste, die zum Teil an der Gewerkschaft vorbeigehen. Sie sind Ansatz für Basisorganisation, wo gemeinsam über Forderungen und Kampfmaßnahmen entschieden wird und vor allem auch darüber, welche Verhandlungsergebnisse zufriedenstellend sind.

Ein heißer Herbst muss demokratisch und branchenübergreifend die Kämpfe verbinden – auch das Aufgabe der Gewerkschaft. Welche Rolle spielt denn ein Gewerkschaftsdachverband, wenn er die Gewerkschaften nicht verbindet? Am krasssten zeigt sich das im Gesundheits- und Sozialbereich: 4 Gewerkschaften mit unterschiedlichen Kollektivverträgen in gleichen Bereichen (Pflege, Kindergärten, privat/öffentlich) und getrennten Protesten. Dort findet aber schon länger eine Organisation an der Basis statt wie mit "Sozial, aber nicht blöd". Es werden selbstständig Streiks organisiert und Betriebsrät*innen haben eigene Demos initiiert. Der heiße Herbst wäre die Verantwortung des ÖGB: Tut er nichts oder zuwenig, können wir uns davon aber nicht aufhalten lassen.

Info

Wie streiken ganz praktisch geht, beschreiben wir in unserer **Broschüre "Streik – kurz & bündig"**. Einfach per E-Mail bestellen: slp@slp.at

Sozialsystem: Getragen von Vereinen

beide Artikel von Jan Wottawa

Behindertenbetreuung, Suchthilfe und psychosoziale Hilfe sind wichtige Bereiche in der Versorgung von Menschen. Doch nicht nur in diesen übernehmen private und kirchliche Organisationen einen großen Teil der Arbeit. Eine Arbeit, die eigentlich vom Staat übernommen werden sollte.

Immer mehr Skandale aus den Zuständen in Waisenhäusern und psychiatrischen Kliniken sind mit der Zeit ans Licht gekommen. Patient*innen wurden nicht nur vernachlässigt, sondern auch schwer misshandelt. Aufgrund dieser kaum vorhandenen bis schlechten Versorgung in der Vergangenheit haben in Österreich Betroffene und Fachleute diese (zusätzlichen) Hilfsorganisationen gegründet. Einige der Vereine haben auch als Protestbewegungen begonnen – vor allem im Bereich der Psychiatrie. Doch all diese sind immer mehr zu einem festen Bestandteil des Gesundheits- und Sozialbereichs geworden und somit auch ein Pfeiler des



Special zu den SWÖ-Verhandlungen Teil 2

Vorschläge, um die Situation der mehr als 250.000 Kolleg*innen in privater Pflege und Sozialeinrichtungen nachhaltig zu verbessern.

Systems. Der Staat muss nicht groß in diese Bereiche investieren. Außerdem muss er die hilfsbedürftigen “nicht produktiven” Menschen nicht mehr als nötig beachten. Gleichzeitig ist der Anteil des privaten Sozialbereichs massiv gestiegen: Mittlerweile arbeiten über 250.000 Beschäftigte und unzählige Zivildienstler dort.

Selbst bei Dingen, die wirtschaftlich nicht messbar sind, wie der psychischen Gesundheit wird die kapitalistische Logik angewandt. Es werden Strukturen “optimiert” und die “Effizienz gesteigert”. In der Realität bedeutet das, dass Stellen und Gelder gestrichen werden und somit der Service verschlechtert wird. Für viele

Menschen bedeutet das, mit ihren Problemen sich selbst überlassen zu sein. Die Unterstützung für Drogenhilfe beträgt z.B. nur 8 Millionen Euro, also nicht einmal 0,002% des BIP – und Substitutionsmittel (Ersatzmedikamente für den Entzug) sind nicht billig.

Gleichzeitig drückt sich der Staat vor der Verantwortung, da er nur als Auftrag- und Geldgeber agiert und erzeugt damit eine Konkurrenz unter den Vereinen. Unter dem Kostendruck leiden nicht nur die Beschäftigten, sondern auch die Versorgung, Infrastruktur und Ausrüstung und somit die zu versorgenden Menschen. Es braucht eine andere Lösung als das, was wir jetzt haben. Wie diese aussieht, wird im nächsten Artikel erklärt.

Kämpfen wir für eine andere Gesellschaft!

Die “Daseinsvorsorge” (Pflege, Betreuung, Beratung usw.) sollte nicht Aufgabe von privaten Vereinen und Kirchen sein. Eine staatliche Versorgung sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Das bedeutet aber nicht, die Vielfalt abzuschaffen. Wir brauchen echte demokratische Strukturen und diverse Ansätze im Rahmen einer gesellschaftlichen Gesamtplanung statt einem Konkurrenzkampf und Kompetenzen-Fleckerlteppich.

Dieser wichtige Bestandteil unserer Gesellschaft, der Sozial- und Gesundheitsbereich, sollte in den Händen derer sein, die darin arbeiten und

jenen, die diese Hilfe beanspruchen. Sie sollten die Entscheidungskraft haben. Das bedeutet, die Kolleg*innen in den Betrieben und Vereinen, aber selbstverständlich auch die Klient*innen und Patient*innen. Jede betroffene Person muss miteinbezogen werden. Profitinteressen haben hier nichts zu suchen.

Letztendlich dient der Staat in diesem System dazu, den Kapitalismus zu verwalten. Menschen mit besonderen Bedürfnissen werden als störender Kostenfaktor behandelt – und deswegen wird hier auch schnell gekürzt.

Profite stehen im Widerspruch mit menschlichem Wohlergehen und Entfaltung der einzelnen Menschen. Diese wird es erst geben, wenn der Wert eines Menschen unabhängig von seiner Arbeitskraft ist.

Eine echte demokratische Struktur und bedarfsgerechte Versorgung gibt es nur mit einem anderen System. So kann der Kampf für eine sozialistische Alternative nicht vom Kampf für bessere Bedingungen im Sozial- und Gesundheitsbereich getrennt werden.

Pride is a protest!

von Katja Straka

Auf der Pride in Wien am 11. Mai haben wir laut die Verbindung zum Anfang der Prides gezogen. Slogans wie „Pride is a protest“ und „we will not be quiet – Stonewall was a riot“ haben viel Zustimmung bekommen. Betont haben wir auch, dass wir wieder und wieder LGBTQI+ Rechte im Kapitalismus verteidigen müssen. Denn: „Uns geht es um einen politischen Protest, der unsere Forderungen in den Vordergrund stellt.“ weil „es gibt nicht nur vieles, das sich noch ändern muss, sondern viel Er kämpftes muss auch immer wieder verteidigt werden.“

Das ist z.B. in der Pandemie deutlich geworden, als geschlechtsangleichende Operationen nicht als notwendige Operationen eingestuft wurden. Der Rosa Block in Linz umfasste dann auch ca. 200 Personen, hauptsächlich Schüler*innen, die extra aus der Umgebung nach Linz gekommen waren. Viele haben sich in die Listen eingetragen, einige sind nun neue Rosa Aktivistinnen.

Zentral war auch das Queer-stellen



gegen Regenbogen-Kapitalismus, denn „Der Kapitalismus lebt von Rollenbildern“. Das ändert sich auch nicht, wenn sich Konzerne LGBTQI+ freundlich geben und auf der Pride mitgehen, wie in Wien Water Drop, OBI ect. Schon im Vorfeld machten wir in Linz klar: „Wir trauen weder den Konzernen, die einmal im Jahr Toleranz heucheln, während sie das ganze Jahr für Leid und Ausbeutung verantwortlich sind.“ Entsprechend haben wir mit der sozialistisch-feministischen Initiative Rosa einen Block mit Pflege-Studierenden organisiert, der deutlich machte: „Wir wollen keine

Konzerne hier – für queere Befreiung kämpfen wir“.

Überall, auch bei der Pride in Graz am 2.7. haben wir die Zunahme von Angriffen auf queere Communities z.B. in Ungarn, Polen, Oslo aber auch im Anschluss der Linzer Pride hingewiesen. Wir haben auch das Urteil gegen Abtreibungsrechte des Obersten Gerichtshofs in den USA aufgegriffen und zu Protesten aufgerufen. Und weil der Widerstand mit der Pride nicht vorbei sein kann, haben wir dazu eingeladen, mit uns für den 8. März 2023 den „Schulstreik gegen Sexismus“ zu organisieren.

ÖGB-Konferenz: Chance verpasst

von Oliver Giel

Am 8.6. luden ÖGB und AK zur „Preise-Runter“-Betriebsrät*innenkonferenz. Die 3.211 Teilnehmer*innen durften allerdings nur zuhören. Dabei hätten sie wohl bessere Beiträge geliefert, denn neben ausschweifenden Erläuterungen, wie teuer alles geworden ist, und dass die Regierung endlich was machen müsste, war von den Redner*innen wenig zu hören. Es wurden beschränkte Maßnahmen zur Preissenkung gefordert, Lohnerhöhungen waren ein Randthema und das WIE Erreichen fehlte gänzlich. Der konkreteste Output ist eine Online-Umfrage, wie es den Leuten mit der Inflation geht.

Mitglieder der ISA schlugen vor, Diskussionen über Forderungen und

Aktionen gegen die größten Reallohnverluste seit 1955 einzufordern. Großdemonstrationen in allen Landeshauptstädten im Sommer und die Vorbereitung einer Offensive im Herbst wären geeignete Maßnahmen, um nicht nur einen Inflationsausgleich, sondern eine deutliche Erhöhung der Reallöhne und den Ersatz von Konsum- durch Vermögenssteuern zu erkämpfen. Über hundert Teilnehmer*innen unterzeichneten eine entsprechende ISA-Petition an die ÖGB-Spitze.

Es ist bezeichnend, dass der meiste Applaus aufkam, als Ex-Voest-Betriebsrat Schaller von einem Kollegen berichtete, der ihm mitgegeben hatte: „Wir müssen kämpfen und auf die Straße gehen“. Auch hier: Die Basis ist viel weiter als die Führung!



VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 304 | 07-08/2022 | Schwerpunkt

ISA
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE



DIE SUCHE NACH

EINER SYSTEMALTERNATIVE

In den letzten Jahren ist die Krise des Kapitalismus eskaliert – die Mehrheit hat sie zu spüren bekommen, angefangen bei alltäglichem Sexismus, Gewalt und Rassismus bis zu einer noch nie dagewesenen Pandemie, der Klimakatastrophe, einem sich anbahnenden imperialistischen Krieg und der Wirtschaftskrise. Eine Umfrage aus 2021 (USA) ergab, dass 54 % der Jugendlichen eine negative Einstellung zum Kapitalismus haben. In Britannien sagten 67 % der Jugendlichen, dass sie gerne in einem sozialistischen System leben würden und 72% befürworten die Verstaatlichung von Schlüsselsektoren.

Dieses Gefühl zeigt sich in den diversen Protestbewegungen der Jugend und Arbeiter*innenklasse weltweit. Die tiefe Krise des Systems offenbart vielen die Notwendigkeit eines Wandels. Gleichzeitig fehlt aber oft

die Vorstellung, wie eine Alternative aussehen könnte, wie sie erkämpft werden kann und warum und wie es eine Organisation der Arbeiter*innenklasse dafür braucht. Ein gutes Beispiel ist die Klimabewegung: Millionen erhoben sich unter dem Slogan “System change not climate change”, aber es gibt noch immer wenig Vorstellung davon, wie dieser Systemwandel aussehen könnte und welche Kraft ihn durchsetzen kann. Das führte dazu, dass jetzt ein Teil der Bewegung zunehmend auf NGOs und das grüne Establishment setzt und ein anderer sich auf isolierte direkte Aktionen und Besetzungen konzentriert, die oft die Arbeiter*innenklasse von der Bewegung entfremden.

Viele politische Organisationen konzentrieren sich entweder auf kurzfristige Lösungen, ohne einen Weg in die Zukunft zu bieten, oder

sie präsentieren abstrakte Slogans für einen weit in der Zukunft liegenden Sozialismus – in einer Art und Weise, die völlig abgekoppelt ist vom Bewusstsein der Menschen und der aktuellen Realität. Um eine wirkliche Chance auf eine grundlegende Veränderung zu organisieren, bedarf es einer Methode, die eine Brücke zwischen beiden schlägt, die die gelebten Erfahrungen der Menschen mit dem Scheitern des kapitalistischen Systems aufgreift und den Weg aufzeigt, wie eine geplante, sozialistische Gesellschaft aussehen könnte und wie wir konkret dafür kämpfen können.

**An diesem Vorwärts-Schwerpunkt haben mitgearbeitet:
Christoph Glaninger, Sarah Moayeri,
Stefan Brandl und Yasmin Morag**

Das Übergangsprogramm: Die Brücke zum Sozialismus

Welches Programm kann die Arbeiter*innenklasse für ihre eigenen, unmittelbaren Interessen mobilisieren und gleichzeitig den Kampf für eine sozialistische Alternative organisieren? Ein marxistisches Programm ist keine bloße Aneinanderreihung von Forderungen, sondern eine Kombination mit Kampfvorschlägen, Taktik und Strategie, die einen Weg zum Sozialismus, also dem Ende des kapitalistischen Profitsystems aufzeigt.

Schon im Kommunistischen Manifest, in dem Marx und Engels zum ersten Mal in Ansätzen ein Programm für die damalige Arbeiter*innenbewegung formulierten, erkannten sie, dass es notwendig ist, unmittelbare Forderungen zu erkämpfen und diese mit dem Kampf um Sozialismus zu verbinden.

Im revolutionären Russland warf Lenin mit den „Aprilthesen“ im Frühjahr 1917 die drängenden Kernforderungen auf, die auf der Grundlage der Existenz von Arbeiter*innenräten (Sowjets) praktisch den Weg in Richtung einer Arbeiter*innenregierung zeigten. Als im Oktober 1917 die zweite Phase der Revolution näher rückte, vertiefte Lenin diese Aprilthesen und erklärte die Unfähigkeit des Kapitalismus, die drängenden Probleme der Zeit zu lösen. Er plädierte beispielsweise dafür, dass der Staat Preiskontrollen für Lebensmittel gegen die Profitinteressen der Großgrundbesitzer*innen durchsetzen müsse, für Maßnahmen der Arbeiter*innenregierung um „Land, Produkte und Lebensmittel richtig zu verteilen“ usw. Dieses Programm, mit dem die Bolschewiki eine enorme Autorität innerhalb der Arbeiter*innenklasse aufbauen konnten, stellte die praktische Anwendung einer Übergangsmethode dar. Mit den richtigen Parolen zur richtigen Zeit „Land, Brot, Frieden“ und „Alle Macht den Räten“ konnten die Bolschewiki eine erfolgreiche Revolution der Arbeiter*innenklasse anführen.

So radikal wie die Wirklichkeit

Angesichts der drängendsten Fragen unserer Zeit, Klimawandel, Krieg, Inflation ist klar, dass der kapitalistische Markt Dauerkrise bedeutet.

Lebensmittel bleiben auf Feldern oder in Geschäften liegen, weil die Preise zu hoch sind – gleichzeitig nimmt der Hunger zu. Energiekonzerne machen Milliardenprofite während Menschen sich zwischen Heizen und Essen entscheiden müssen. Forderungen nach Preiskontrollen durch die Arbeiter*innenklasse und dem Ende von Spekulation und Profitmacherei haben also nichts an Aktualität eingebüßt. Ein Übergangsprogramm heute muss dabei ganz zentral die Eigentumsfrage aufwerfen und die Frage beantworten, warum und wie es Verstaatlichungen und eine demokratische Planwirtschaft braucht, um die Krisen bewältigen zu können.

Die Maßnahmen aller Regierungen angesichts der Teuerungswelle sind mehr als ungenügend – deswegen braucht es einen Kampf um Preiskontrollen und Verstaatlichungen z.B. der Energiekonzerne und Nahrungsmittelproduktion unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Arbeiter*innenklasse. Es gibt zahlreiche offensichtliche Beispiele – Firmenpleiten mit dramatischem Stellenabbau, Pharmaindustrie, Rüstungskonzerne, klimaschädliche Industrien – die zeigen, warum eine Übernahme der Produktion und der gesamten Wirtschaft durch die Beschäftigten die einzige Lösung ist, um nachhaltig und nach Bedürfnissen orientiert wirtschaften zu können.

Wer unmittelbare Forderungen nach höheren Löhnen angesichts der Inflation oder Geld für Soziales statt für Aufrüstung nicht mit diesem Ziel verbindet, landet am Ende bei einer Trennung in sogenannte Minimal- und Maximalforderungen: Es bleibt bei ungenügenden Forderungen fürs jetzt und einer abstrakten Vertröstung

auf später. Wer den Kampf gegen Krieg und Imperialismus nicht konkret (z.B. durch die Forderung nach der Enteignung der Waffenindustrie) mit der Notwendigkeit einer Überwindung des kapitalistischen Systems, das immer wieder zu Kriegen führt, verbindet, landet dabei, abstrakte Friedensappelle an die Regierungen zu richten oder Illusionen in die Neutralität zu schüren.

Die Übergangsmethode heute

Es gibt einen realen Druck, Forderungen herunterzuschrauben, sich also nur an dem zu orientieren, was unmittelbar „realistisch“ erscheint. Ob eine Forderung durchsetzbar ist oder nicht, hängt, gerade in einem der reichsten Länder der Welt, immer von Kräfteverhältnissen ab.

Es geht also darum, auch beim Kampf um Reformen Organisation und Aktivität der Arbeiter*innenklasse und Jugend voranzutreiben. Sozialdemokratie und Gewerkschaftsführungen haben in Österreich Arbeiter*innen und Jugendlichen jahrzehntelang Passivität eingepflegt – vielen fehlt die Erfahrung



dafür, sich selbst zu organisieren oder sich aktiv für ihre Interessen einzusetzen. Viele Kampftraditionen sind verloren gegangen und müssen neu aufgebaut werden. Viele wissen nicht, warum und wie es notwendig ist sich zu organisieren, warum die Arbeiter*innenklasse die Kraft ist, die Veränderung herbeiführen kann und wie Kämpfe rund um konkrete Forderungen geführt und gewonnen werden können. Diese Tatsache muss ein Übergangsprogramm heute berücksichtigen. Ein Beispiel dafür ist die Frage des Streiks - in anderen Ländern ist streiken für viele Beschäftigte normaler, obwohl es auch da die Beschränkungen durch die Gewerk-

teilweise das ganze System in Frage, z.B. ist klar, dass die populäre Forderung "Nicht eine weniger" (Ni una menos) nur durch ein grundlegend anderes System möglich wird. Unser Programm muss die Frage beantworten was es braucht um diese Forderung zu erfüllen und wir müssen dabei zwei Ebenen berücksichtigen: Wie können wir rückschrittliche und diskriminierende Ideen zurückdrängen (auch innerhalb der Arbeiter*innenklasse) und wie hängt das mit den materiellen Verhältnissen zusammen?

Einheit von Programm und Praxis

Wenn wir Forderungen nach Milliar-

Die Übergangsmethode ist ein entscheidendes Instrument, um die tagtäglichen Unterdrückungserfahrungen in Widerstand zu verwandeln und politische und ökonomische Forderungen zusammenzuführen und zu verallgemeinern.

schaftsführung gibt - in Österreich müssen wir selbst dieses grundlegende Element von Widerstand erklären und wieder erlernen. Deshalb nimmt die Forderung des Streiks eine zentrale Rolle in unserer Arbeit ein.

Die Übergangsmethode ist auch ein entscheidendes Instrument, um die tagtäglichen Unterdrückungserfahrungen in Widerstand zu verwandeln und politische und ökonomische Forderungen zusammenzuführen und zu verallgemeinern.

Eine der drängendsten Fragen für viele, besonders Jugendliche, ist heute die nach dem Ende von spezifischer Unterdrückung, also wie wir Diskriminierung, Sexismus, Queerfeindlichkeit, Rassismus bekämpfen können. Diese Kämpfe stellen

deninvestitionen in Soziales, Gesundheit und Gewaltschutz, leistbaren Wohnraum, drastische Lohnerhöhungen in frauendominierten Jobs um Unabhängigkeit zu ermöglichen etc. aufstellen, dann werfen wir auch immer eine Perspektive auf, wie das erkämpft werden kann und warum Rollenbilder - und damit auch Sexismus und Gewalt - im Kapitalismus immer wieder reproduziert werden. Wir erklären die Notwendigkeit von Kampfformen, die die größtmögliche Kampfkraft und Einheit der Arbeiter*innenklasse herstellen, also z.B. Streiks in Schulen und Betrieben gegen Sexismus und warum innerhalb dieser Kämpfe demokratische Organisation notwendig ist. Mit der sozialistisch-feministischen Initiative ROSA bauen wir ein konkretes Organisationsangebot auf, das diese Aspekte vereint und eine antikapitalistische und sozialistische Perspektive in den Kampf gegen spezifische Unterdrückung einbringt.

Ein Übergangsprogramm kann also nicht nur auf dem Papier existieren und muss sich ständig an die konkrete aktuelle Situation anpassen und wandeln. Es kann nicht getrennt werden von den Erfahrungen, Diskussionen und Kämpfen, die es durchlebt und in denen es immer wieder in der Praxis getestet wird.



Marx Aktuell:

Übergangsprogramm

1938 verallgemeinerte der russische Revolutionär Leo Trotzki die Traditionen von Marx, Engels, Lenin und Luxemburg. Der Text "Das Übergangsprogramm" beginnt mit der Feststellung, dass es einen Gap zwischen der objektiven Reife für den Sozialismus und dem aktuellen Bewusstsein gibt - und dass die Krise der Arbeiter*innenklasse auf die Krise ihrer Führung zurückzuführen ist. In Deutschland und Österreich wurden die revolutionären Aufstände nach dem 1. Weltkrieg von der Führung der Sozialdemokratie verraten. Das verschaffte dem geschwächten Kapitalismus die notwendige Verschnaufpause. 20 Jahre später war die Arbeiter*innenbewegung wegen der katastrophalen Rolle ihrer Führungen bereits geschlagen, der Faschismus an der Macht. Der Weltkrieg war nicht mehr abzuwenden. Das Übergangsprogramm verband die täglichen Fragen der Arbeiter*innenklasse (Arbeitszeit, Lohn, Arbeitslosigkeit, Teuerung) mit der Notwendigkeit des Sozialismus. Seine Aufgabe bestand darin, die Grundlage für eine revolutionäre Weltpartei der Arbeiter*innen nach dem 2. Weltkrieg zu legen, um der erwarteten revolutionären Welle nicht wie 1918 führungslos gegenüber zu stehen. Viele der Forderungen wie die gleitende Lohnskala, das Ende des Geschäftsgeheimnisses und die Öffnung der Geschäftsbücher, die Verstaatlichung der Banken und Unternehmen unter Kontrolle und Verwaltung der Arbeiter*innenklasse sind gerade heute zentrale Bestandteile eines Übergangsprogramms. Entscheidend ist aber herauszuarbeiten, welche Methode Trotzki anwendet. Diese Übergangsmethode ist immer Ausdruck der konkreten Situation. Es geht darum, die Verbindung vom notwendigen Sturz des Kapitalismus zu aktuellen Kämpfen zu ziehen und die Forderungen so zu formulieren, dass sie der Mobilisierung dienen.



Ein Programm, um zu gewinnen

Der Grund, warum die Übergangsmethode stets danach ausgerichtet sein muss, die Arbeiter*innenklasse zu mobilisieren, zu aktivieren und zu organisieren ist die Analyse, dass der Kapitalismus nicht zum Besseren reformiert werden kann. Heute besitzen 252 Männer mehr Reichtum als alle Frauen und Mädchen in Afrika, Lateinamerika und der Karibik gemeinsam. Der Kapitalismus basiert darauf, dass eine Minderheit die Mittel besitzt, um andere für sich arbeiten zu lassen und daraus Profit zu ziehen. Solange diese Eigentumsverhältnisse bestehen, gibt es keine Chance, die Probleme unserer Zeit auch nur ansatzweise zu beenden. Der Kapitalismus kann dabei nur revolutionär, also durch massenhafte Mobilisierung der Arbeiter*innenklasse überwunden werden.

Deshalb ist das Übergangsprogramm auch nichts, das man als schlaues Vorschlag Regierung, Parteien oder Gewerkschaftsspitze übergeben kann, sondern hat immer die Aufgabe der Mobilisierung der Arbeiter*innenklasse auch für eine sozialistische Systemveränderung. Genau deshalb kann ein Übergangsprogramm auch nicht am Schreibtisch entwickelt werden, sondern entsteht durch das Aufgreifen, Zusammenfassen und Weiterentwickeln von Forderungen, die aus Kämpfen und der tagtäglichen Erfahrung der Klasse entstehen. Dafür braucht es eine Organisation, die in den Kämpfen der Klasse verankert ist und dort sozialistische Ideen einbringt. Es braucht Mitglieder, die sich nicht nur an Protesten

und Arbeitskämpfen beteiligen oder sie unterstützen, sondern Vorschläge machen, wie diese Kämpfe weiterentwickelt und gewonnen werden können und herausarbeiten, warum eine dauerhafte Lösung nur durch eine Überwindung des Kapitalismus möglich ist. Es braucht eine Organisation, die Erfahrungen aus unterschiedlichen Bewegungen zusammenträgt und versucht, ein gemeinsames Programm zu entwickeln und unterschiedliche Kämpfe miteinander zu verbinden. So eine Organisation beschreiben wir als revolutionäre Partei.

Streik als zentrale Kampfmethode

Ein Beispiel für unsere Anwendung der Übergangsmethode sind die Kämpfe im Gesundheits- und Sozialbereich. Wir haben als ISA analysiert, dass die Krise des Kapitalismus die Kolleg*innen im Gesundheits- und Sozialbereich besonders hart treffen wird und ihr Kampf für bessere Arbeitsbedingungen eine Vorreiterrolle für die gesamte Klasse spielen kann.

Bei den bevorstehenden Lohnverhandlungen im privaten Gesundheits- und Sozialbereich haben Wiener Betriebsrät*innen die radikale aber notwendige Forderung nach 750€ mehr und einer 35-Stundenwoche ab 1.1.2023 aufgestellt. Wir unterstützen diese Forderung nicht nur, sondern betonen auch, dass es für die Durchsetzung eine Ausweitung der Bewegung braucht, die sich nicht nur mit den Bossen, sondern auch der Politik und letztlich dem ganzen

System anlegt. Wir unterstützen mit der Basisinitiative „Sozial, aber nicht blöd“ konkrete Angebote, sich an der Basis zu organisieren und werfen dabei auch die Frage auf, welches Gesundheits- und Sozialsystem es eigentlich braucht: Eines, das von Beschäftigten und Patient*innen bedarfsorientiert organisiert und das voll ausfinanziert ist – was innerhalb des Kapitalismus nicht erreichbar sein wird und wofür es eine grundlegende Umwälzung braucht. Wir erklären auch, warum ein solcher Zugang der beste Ansatzpunkt ist, um auch innerhalb der Gewerkschaften einen demokratischen und kämpferischen Kurswechsel durchzusetzen und mit der Sozialpartnerschaft zu brechen. Auf Basis der Stimmung haben wir Forderungen und Aktionsvorschläge entwickelt, die passiven Unmut in aktiven Widerstand verwandeln und diesen Widerstand mit der Notwendigkeit einer Systemalternative verbinden.

Natürlich kann auch das beste Programm und die beste Methode Erfahrungen der Klasse nicht ersetzen – Bewusstsein entwickelt sich vor allem durch den gemeinsamen Kampf für Interessen. Aber eine Organisation, die unter der Anwendung der Übergangsmethode in diese Kämpfe eingreift, kann eine enorm wichtige Rolle dabei spielen, nicht nur das Bewusstsein schneller weiterzuentwickeln, sondern auch Kämpfe unmittelbar und dauerhaft zu gewinnen. Wenn auch du nicht mehr nur zuschauen willst und mit der „Übergangsmethode“ die Welt verändern willst – mach mit!

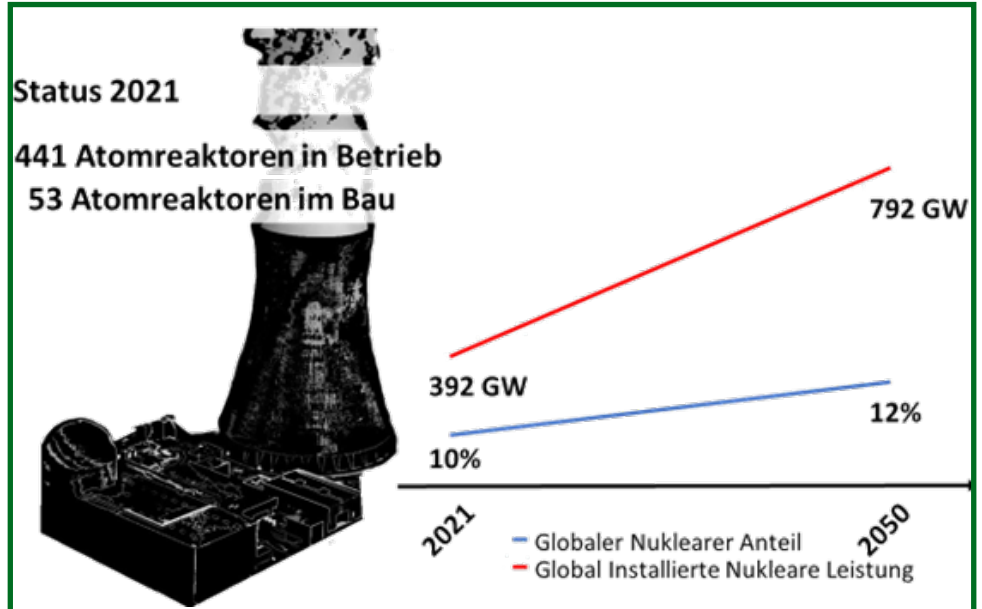
Rückkehr der Atomkraft als Klimaretter?

von Christian Steiner

Das AKW Zwentendorf steht symbolisch für Österreichs Auseinandersetzung mit der Nutzung von Atomkraft. Im November 1969 wurde der Bau durch die Regierung Klaus II genehmigt, im Dezember 1978 nach einer Volksabstimmung das Atomsperrgesetz erlassen und 1999 in die Verfassung aufgenommen. Unter dem Vorwand, eine Lösung für die Klimakrise darzustellen, versuchen die Kapitalist*innen, die Atomkraft wieder salonfähig zu machen. Die unsichere Versorgung mit fossilen Energieträgern, verstärkt durch den russischen Angriff auf die Ukraine, wird ebenfalls als Argument genutzt. Die EU-Kommission hat AKW's und Gaskraftwerke als Brückentechnologie für die Energiewende eingestuft. Damit erhalten sie zusätzliche Förderungen und der erzeugte Strom erhält das Mascherl "klimafreundlich". Auch aus Österreich gibt es prominente Stimmen, die den Bau von AKW's für die Erreichung der österreichischen Klimaziele propagieren, zuletzt vom Präsidenten der oberösterreichischen Industriellenvereinigung Axel Greiner. Schon jetzt stammen laut IG Windkraft ca. 11% des in Österreich verbrauchten Stroms aus Atomkraftwerken, vorwiegend aus Tschechien.

Private Gewinne – öffentliche Kosten

Der Bau von AKW's dauert im Schnitt 10 Jahre und kostet mehrere Milliarden Euro. Der Betrieb ist nicht CO₂ neutral, denn der Brennstoff Uran muss aufwendig geschürft und aufbereitet werden und die radioaktiven Abfälle müssen in einem Endlager verschlossen werden, das tausende Jahre hält. Weder kann die Sicherheit der Endlager gewährleistet werden noch können die Kosten hierfür abgeschätzt werden. Es wird bewusst in Kauf genommen, das Müllproblem auf zukünftige Generationen abzuwälzen. Die Kosten für Rückbau und Endlagerung werden schlussendlich auf die Allgemeinheit ausgelagert, denn die gebildeten Rücklagen der Konzerne sind endlich



und unzureichend. Der Betrieb eines AKW ist im kapitalistischen System auf Maximierung der Profite ausgerichtet, was zur Folge hat, dass die Sicherheit der Anlagen kostenoptimiert wird. Das Leid tausender Menschen wird in Kauf genommen, wie im Fall von Fukushima oder auch Tschernobyl, um die Interessen der Herrschenden durchzusetzen. Atomkraft ist kein Mittel, um den Klimawandel zu stoppen, dafür dauert der Ausbau zu lange, stimmt die CO₂ Bilanz nicht, ist sie zu teuer und verschlimmert das Problem des radioaktiven Mülls. Trotzdem wird sie in der Öffentlichkeit beworben, weil man, im Gegensatz zu erneuerbaren Energien, weiterhin eine Ressource hat, auf die man spekulieren und somit fette Gewinne erzielen kann.

(Energie)Wirtschaft dem Profitsystem entziehen

Das kapitalistische System funktioniert auf unsere Kosten und liefert keine Lösungen für die Klimakrise, sondern verschlimmert sie nur. Die

technischen Lösungen für die Klimakrise existieren schon, werden aber nicht umgesetzt. Es ist notwendig, dass Entscheidungen zum Wohle der Allgemeinheit getroffen werden und nicht nach Profitinteressen!

Daher brauchen wir ein neues, ein demokratisches System, in dem speziell der Energiesektor nicht profitorientiert aufgebaut und entwickelt wird. Dazu muss er von der Gesellschaft kontrolliert, besessen und verwaltet werden. Die Entwicklung des Energiesektors muss von der Vertretung der Arbeiter*innenklasse unter Aspekten der Nachhaltigkeit, Sicherheit und Umweltverträglichkeit bestimmt werden. Um die Klimakrise zu bekämpfen ist die alleinige Umstellung des Energiesektors aber nicht genug. Vor allem Industrieproduktion, Mobilität und Landwirtschaft müssen nachhaltiger gestaltet werden. Diese notwendigen Änderungen bedürfen es, dass wir Arbeiter*innen das kapitalistische System bekämpfen und für ein sozialistisches System, das effizient und gleichberechtigt ist, eintreten.

Info

In Fukushima verloren 80.000 Menschen dauerhaft ihre Heimat. TEPCO kürzte Beschäftigten das Gehalt um 23% wegen der Folgekosten. Die Kosten der Katastrophe von ca. 200 Mrd \$ muss die Allgemeinheit tragen.



Sommer-Lektüre: Diese Texte dürfen nicht fehlen!

von Sebastian Kugler

Von 21. bis 28. August findet das Sommercamp der ISA und unserer sozialistisch-feministischen Plattform ROSA statt. Außerdem organisieren wir in Wien die Veranstaltungsreihe "Marx im Park". Bei beiden Events gibt es jede Menge politisches Programm: Wir werden uns mit verschiedenen aktuellen, historischen und theoretischen Themen beschäftigen, die für unsere Arbeit wichtig sind. Für sehr konkrete Fragen gibt es revolutionär-sozialistische Antworten. Dabei hilft es, sich im Vorhinein bereits in Themen einzulesen, um eigene Gedanken und Fragen dazu mitzubringen. Darum hier einige Lesetipps, mit denen du dich auf Sommercamp und Marx im Park vorbereiten kannst. Alle Texte sind online und auf slp.at oder über eine Google-Suche zu finden.

Der Krieg in der Ukraine und die globalen imperialistischen Spannungen werden im Sommer ein zentrales Thema bleiben. Die Stellungnahme des Internationalen Komitees der ISA **Krieg in der Ukraine, die neue Ära und die Krise des Kapitalismus** bietet einen guten Einstieg in die Diskussion – gleichzeitig beschäftigen wir uns mit der Russischen Revolution 1917,

die den 1. Weltkrieg beendet hat. Eine lebendige Darstellung der Revolution bietet John Reeds **10 Tage, die die Welt erschütterten**. Die Methode, mit der es den Bolschewiki damals gelang, die unmittelbare Aufgabe der Beendigung des Krieges mit der grundlegenden Aufgabe der Abschaffung des Kapitalismus zu verbinden, nannte Leo Trotzki "Übergangsmethode". Seine Broschüre **Das Übergangsprogramm 1938** ist darum auch einer der grundlegenden Texte für das Camp und "Marx im Park".

Eine Anwendung der Übergangsmethode für den heutigen Kampf gegen die Klimakrise stellt unsere Broschüre **20 Fragen und Antworten: Können wir die Welt noch retten?** dar – nicht nur für den Workshop am Camp, sondern auch angesichts der nächsten Hitzerekorde ein wichtiger Text. Dass wir unmittelbare Verbesserungen mit systemischen Veränderungen verbinden müssen, zeigt uns auch der Job-Alltag, insbesondere im Gesundheits- und Sozialbereich, der ebenfalls Gegenstand vieler Diskussionen sein wird. Zentrales Instrument dafür ist der Streik: Unsere Broschüre **Streik – kurz & bündig** ist ein Handbuch für den Arbeitskampf und liefert

wertvolle Infos zu Geschichte und Theorie. Auch für die Workshops am Camp, die sich mit grundlegenden Fragen von Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit und dem Thema "Heißer Herbst" beschäftigen, ist dieser Text nützlich. Das Thema Streik ist aber auch in der feministischen Bewegung brandaktuell. Unsere sozialistisch-feministische Plattform ROSA organisiert gleich mehrere Workshops am Camp. Für diese Diskussionen ist die Broschüre **Kämpfen um zu gewinnen – für einen sozialistischen Feminismus!** ein Einstieg.

Marxistische Theorie fließt durch all diese Texte – wer sich aber z.B. beim Workshop am Camp explizit mit den Grundlagen des Marxismus auseinandersetzen möchte, ist mit unserer Broschüren-Reihe **Basiswissen Marxismus** gut beraten. Diese Einführungsbroschüren sind auch nützliche Begleiter beim Lesen "klassischer" Texte wie dem **Manifest der Kommunistischen Partei**, das heute womöglich aktueller und lehrreicher denn je ist.

Mit diesen Texten bist du perfekt auf die Diskussionen und Workshops am Sommercamp und bei "Marx im Park" vorbereitet – wir sehen uns dort!

Link zum kompletten Programm des Sommercamps:



Marx im Park
(immer 18:30, Augarten, Wien)

11.7.: *Gesundheit und Soziales im Kapitalismus – warum wir ein anderes System brauchen*

19.7.: *Revolutionen und Konterrevolutionen – Lehren aus dem Arabischen Frühling*

Info

11.8.: *Die russische Revolution – Lehren für den Kampf um eine sozialistische Alternative heute*

18.8.: *Wie verändern wir die Welt? Das Übergangsprogramm heute*



Deutschland: Pflege im Streik

von Kimi

Seit Anfang Mai 2022 (bei Redaktionsschluss noch andauernd) streiken 2.000 Beschäftigte der Unikliniken in Nordrhein-Westfalen (NRW) für einen Tarifvertrag – Entlastung (TVE). Dieser soll eine Verbesserung von Arbeitsbedingungen und Qualität der Pflege ermöglichen. Die Streikstimmung ist kämpferisch, die Medien aber berichten kaum über das Geschehen und von oben kommen Einschüchterungsversuche.

Der Grund für die Streiks im Pflegebereich ist nicht die Coronapandemie, sondern der Normalzustand vor Covid, der durch die Pandemie verstärkt wurde. Personalmangel, Überstunden, Mangel beim Equipment und vieles mehr steht für die Beschäftigten in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen auf der Tagesordnung. Da kann es nicht verwunderlich sein, dass Kolleg*innen beginnen, sich zu organisieren und zu streiken, um für eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen zu kämpfen.

Solche Bewegungen sind nicht nur auf einzelne Bundesländer Deutschlands beschränkt, international sehen wir in den letzten Jahren immer mehr Proteste im Pflege- und Gesundheitsbereich. So etwa in Belgien mit „La santé en lutte“ („Gesundheit im Kampf“), in Berlin an der Charité oder auch am anderen Ende der Welt in Antofagasta, Chile.

Die wohl längsten Streiks im Gesundheitswesen seit Jahren zeigen viel Mut und Kampfgeist. Es treffen sich

täglich hunderte Kolleg*innen beim Streikposten in Köln. Dort werden Workshops und nächste Schritte besprochen und diskutiert. Selbst die Gewerkschaft „ver.di“ ist vor Ort und hat die Kolleg*innen in diesem Streik sogar an der Erstellung der Forderungen beteiligt. Das spiegelt wider, wie stark der Druck von unten sein muss! Doch vor einer Ausweitung auf andere Bundesländer und Branchen schreckt die Gewerkschaft zurück. So sind die ökonomischen Folgen der Streiks begrenzt. Ein Teil der OP-Säle und Stationen sind zwar geschlossen, doch die Kliniken sparen sich einen Teil der Lohnzahlung und versuchen so die Verluste auszugleichen.

Aktivist*innen schlagen daher auch einen Ausbau der demokratischen Strukturen vor, die Streikenden setzen das sehr konkret auch um. Gewählte Streikkomitees, breite Einbindung aller Beschäftigten aus den verschiedenen Bereichen sowie von Patient*innen, Angehörigen und Unterstützer*innen und v.a. laufend offene Diskussionen für alle am Streik beteiligten sind wichtig, um rasche Entscheidungen treffen zu können. Die SAV (Sozialistische Alternative, deutsche Schwesterorganisation der ISA) schlägt folgende

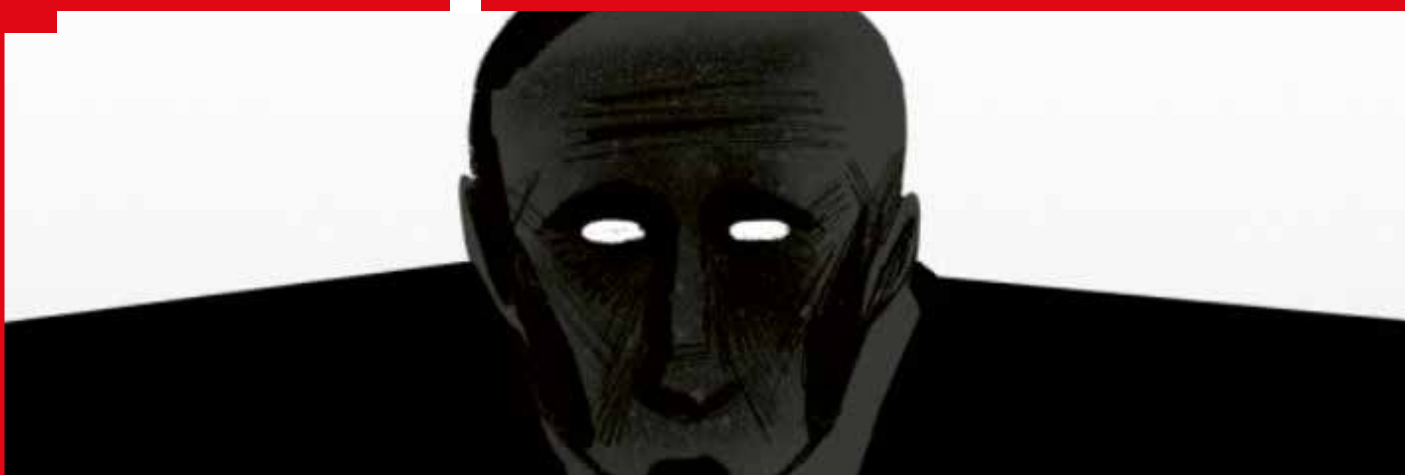
weitere Forderungen und Schritte vor:

- ➔ 500 Euro mehr im Monat für alle Beschäftigten im Gesundheitswesen, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich
- ➔ Finanzierung des Gesundheitswesens nach Bedarf – Weg mit den Fallkostenpauschalen (DRG)
- ➔ „Mehr von uns ist besser für alle“ – Bedarfsgerechte gesetzliche Personalbemessung für alle Bereiche in Krankenhaus und Altenpflege
- ➔ Gesundheitswesen in öffentliche Hand – Rekommunalisierung der Krankenhäuser, Pharmaindustrie unter demokratischer Kontrolle in öffentliches Eigentum überführen, keine Schließung von Krankenhäusern
- ➔ Nein zur Zwei-Klassen-Medizin – Abschaffung der privaten Krankenversicherung und Zusammenführung aller Kassen zu einer einzigen öffentlichen Krankenkasse unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch Beschäftigte, Gewerkschaften, Patientenvertreter*innen und die öffentliche Hand

In den letzten Jahren nehmen international die Proteste im Gesundheitsbereich stark zu. 2020 gab es in rund 80% aller Länder in diesem Sektor Proteste. 2021, dem internationalen Jahr der Gesundheits- und Pflegekräfte, gab es Milliarden für

Konzerne, aber nicht für die Pflege. In Österreich protestierten im Herbst 2021 und im Frühjahr 2022 tausend Elementarpädagog*innen, mehrmals gingen Kolleg*innen aus der Pflege auf die Straße.

Info



Interview: Sozialist*innen gegen Putin

Wir haben Unterstützer*innen der Sozialistischen Alternative in Russland, die aktiv in der Antikriegsbewegung sind, zur aktuellen Lage befragt.

Wie ist die Stimmung?

Obwohl staatsnahe Umfragen auf eine knappe Mehrheit für die „Militäroperation“ hindeuten, gibt es nur relativ wenige, die fest überzeugt sind, dass der Krieg richtig ist und gewonnen werden muss. V.a. unter jüngeren gibt es viel Widerstand. Aktuell zwar keine organisierten Proteste, aber laufend Einzelaktionen. Die Mehrheit derjenigen, die Schwierigkeiten haben, über die Runden zu kommen, ist wohl gegen den Krieg. Die Arbeiter*innen einer Waffenfabrik im Ural sind in den Streik getreten, weil sie seit zwei Monaten keinen Lohn mehr erhalten haben.

Wie wirken sich die Sanktionen aus?

Das Regime rühmt sich, die Sanktionen überwunden zu haben. Der Rubel ist seit März die am stärksten wachsende Währung. Das liegt v.a. am gestiegenen Ölpreis. Obwohl die russischen Exporte gefallen sind, sind die Einnahmen deutlich gestiegen. Die Oligarch*innen haben vielleicht ein paar Milliarden verloren, aber sie haben immer noch Dutzende von Milliarden in Sicherheit gebracht, während die einfachen Leute keine Reserven haben. Westliche Unternehmen, die sich zurückgezogen haben, wurden teils durch russische Eigentümer*innen ersetzt, allerdings mit massivem Qualitätsverlust. So wird der neue Lada, der im ehemaligen

Renault-Werk produziert wird, keine Airbags, ABS-Bremsen oder Navigationssysteme haben. Es werden nur wenige Statistiken veröffentlicht, aber die Löhne sind stark gesunken während die Preise dramatisch gestiegen sind.

Was sind die Reaktionen darauf?

Es gibt neue reaktionäre Gesetze, einschließlich der möglichen Wiedereinführung der Todesstrafe. Auch Frauenrechte sind in Gefahr. Aber es ist noch zu früh für Reaktionen. Viel Unzufriedenheit gibt es wegen der Zahl der Todesopfer in der Ukraine – die Soldaten kommen überwiegend aus ärmeren und ländlichen Regionen, und die Opfer sind häufig Angehörige ethnischer Minderheiten. Also nehmen die Spannungen zwischen den Regionen mit nicht-russischer Bevölkerung und Moskau zu. Es gibt viele Berichte über Soldaten, die sich weigern, in die Ukraine zu gehen und von Eltern, die Informationen über ihre toten Söhne verlangen.

Opposition ist nicht gleich Opposition?

Nawalny, der einst eine russisch-chauvinistische Position vertreten hat, ist heute gegen den Krieg. Seine Anhänger*innen rufen zu Protesten auf, aber in unverantwortlicher Weise, ohne dass das organisiert wird und ohne klare politische Alternative. Die „Kommunistische Partei“ ist fest im Lager der Kriegsbefürworter. Ein paar Dutzend haben die Partei verlassen bzw. sind ausgeschlossen worden, weil sie sich gegen den Krieg ausgesprochen

haben – aber selbst von denen unterstützen einige noch die Donezker und Lugansker Republiken. Sozialist*innen rufen zur demokratisch organisierten Antikriegsbewegung auf, deren Basis die Opposition zum Regime und dem von ihm unterstützten kapitalistischen System darstellt. Natürlich fordern sie den Abzug aller russischen Truppen aus der Ukraine, unterstützen das Recht der Ukraine, ein unabhängiger Staat zu sein, und folglich auch das Recht, sich selbst zu verteidigen. Sie sind jedoch der Meinung, dass ein Sieg nur durch die unabhängige Organisation der Arbeiter*innenklasse und die Solidarität zwischen ukrainischen und russischen Arbeiter*innen sowie jenen im Rest der Welt möglich ist.

Was können wir im Westen tun?

Zunächst einmal die aktuelle Situation diskutieren und verstehen, dass sie durch den Kapitalismus und die imperialistische Aufteilung/Neuaufteilung der Welt verursacht wird. Es gab eine sehr erfolgreiche Solidaritätskampagne, die beigetragen hat, dass die russischen Sozialist*innen sicherstellen konnten, dass Dzhavid Mamedov nicht weiter inhaftiert wurde und jetzt an einem sicheren Ort ist. Es ist wahrscheinlich, dass mit dem Fortschreiten des Krieges die internationale Solidarität von Arbeiter*innen immer wichtiger wird. Wenn ihr euch jetzt politisch vorbereitet, könnt ihr wirksame Aktionen machen wenn es nötig ist.

Laufend Infos unter:  [socialist.news](https://www.instagram.com/socialist.news)



USA: Kampf für Frauenrechte

beide Artikel von Severin Berger

Die Nachricht ging um die Welt: Das Urteil Roe v. Wade, welches die Grundlage für das Recht auf Schwangerschaftsabbrüche in den USA bildet, wurde am 24. Juni gekippt. Real wird dadurch die Entscheidung über den legalen Rahmen von Schwangerschaftsabbrüchen den jeweiligen Bundesstaaten überlassen. In vielen Fällen wurden automatisch drakonische Gesetze geltend, die den Abbruch einer Schwangerschaft teilweise härter bestrafen als z.B. eine Vergewaltigung, welche zu der Schwangerschaft geführt hat. Sofort nach Bekanntwerden wie auch bereits nachdem der erste Entwurf dieser Entscheidung Anfang Mai an die Öffentlichkeit gelangte, hat die ISA international, und besonders natürlich in den USA, mit klaren Forderungen zu Aktionen gegen diesen historischen Angriff aufgerufen. Darunter waren Proteste in New York mit

über 20.000 und Houston mit über 5.000 Teilnehmer*innen. Über das ganze Land richtet sich die Wut auch gegen die Demokraten. Vielen ist klar, dass so eine Entscheidung nur durch die Fehler, oder eher beabsichtigten Schritte der "fortschrittlichen" Partei der USA möglich wurde. Und das zeigte sich klar auf der Straße: Die Socialist Alternative (ISA in den USA) organisiert Demonstrationen, Walkouts und andere Proteste und immer wieder werden vor allem auch die Demokraten für ihr Nichts-Tun kritisiert. Diese Aktionen wurden vor allem von jungen Menschen dominiert, junge Menschen, die sich bewusst sind, dass sie für ihre Rechte kämpfen und sich organisieren müssen. Die Forderungen und Ideen der ISA sind simpel aber konsequent:

➔ Eine klare gesetzliche Verankerung der fundamentalen reproduktiven

Rechte auf Schwangerschaftsabbruch, um zukünftige Angriffe zu erschweren

➔ Das Einführen einer Reichensteuer, um die Budgets für überlastete Kliniken zu erhöhen und Ausbau von Sozialdienstleistungen, um adäquate Lebensbedingungen für alle Menschen und Kinder zu ermöglichen

➔ Das Nutzen von Protesten, Arbeitsniederlegungen und auch Streiks als Mittel zum Kampf

Nur durch eine Massenbewegung mit demokratischen Strukturen können wir diese Forderungen erkämpfen. Sozialistische Organisationen, Gewerkschaften und alle anderen Kämpfer*innen für soziale Gerechtigkeit müssen ihre Kräfte bündeln, um so eine Bewegung aufzubauen!

socialistalternative.org

UK: Verspätung mit gutem Grund – Streiks

Am 21., 23. und 25.06. haben über 40.000 Eisenbahner*innen in Großbritannien an einer historischen Streikaktion teilgenommen. Diese massive Offensive ist die Reaktion auf Streichung von Arbeitsplätzen und Angriffe auf Löhne und Arbeitsbedingungen vor dem Hintergrund enormer Teuerungen. Die Socialist Alternative (ISA in England, Wales und Schottland) unterstützte u.a. bei den Streikposten im ganzen Land. Dabei wurden erfolgreich Vernetzungen mit Beschäftigten geschaffen, Ideen und Informationen ausgetauscht und bereits an der Planung von künftigen Streikaktionen gearbeitet. Viele der Forderungen

unserer Schwesterorganisation wurden von den Beschäftigten positiv auf- oder gleich übernommen:

➔ Bereits jetzt beginnen, weitere Aktionstage zu planen und Streiks mit anderen Gewerkschaften koordinieren, um deren Wirksamkeit zu maximieren

➔ Gemeinsame branchenübergreifende Aktionen, um das Ende aller gewerkschaftsfeindlichen Gesetze durchzusetzen

➔ Re-Verstaatlichung des Verkehrs- und Transportsektors unter

demokratischer Kontrolle der Beschäftigten, um eine nachhaltige Zukunft zu ermöglichen

➔ Für eine neue kämpferische Arbeiter*innenpartei, die Streiks unterstützt und Streikenden eine politische Organisation gibt

Die Ergebnisse des Streiks sind Versprechen von Lohnerhöhungen mit bis zu 7,1%. Trotz dieses Erfolgs ist es wichtig, sich jetzt nicht auszuruhen: Denn Teile der Regierung sprechen schon von möglichen Gesetzen, um solche Streiks künftig zu erschweren.

socialistalternative.net

Buchtipps:
 Sonja Grusch: Im Hamsterrad.
 Lehren aus der Geschichte der
 SPÖ-Linken von 1945 bis heute.
 bestellen unter: slp@slp.at
 13 € inkl. Porto



Teil 6 der Artikelserie: Geschichte der österreichischen Arbeiter*innenbewegung

SPÖ & ÖGB 1945:

Wiedergeburt als Kalte Krieger

von Albert Kropf

Seit Ende März 1945 tobt die militärisch sinnlose Schlacht um Wien. Getrieben durch den SS-Terror wird alles gegen die Rote Armee geworfen. Das ändert an der Kriegsniederlage nichts, verschafft aber Bonzen und Kriegsgewinnler*innen aus Wirtschaft und Politik Zeit, um sich und ihr Vermögen in Sicherheit zu bringen. Der Wehrmachtsbericht vom 14.4.1945: „Die Restbesatzung von Wien kämpft auf dem Westufer der Donau standhaft...“ Am gleichen Tag wird die SPÖ im Wiener Rathaus wiedergegründet, einen Tag später der überparteiliche ÖGB und kurz danach die KPÖ durch den aus Moskau eingeflogenen Johann Kopenig.

Wer ist noch da?

Zentrales Merkmal des Faschismus ist die physische Vernichtung der Organe der Arbeiter*innen-Bewegung. Zehntausende haben sich im Widerstand aufgerieben, wurden verschleppt oder ermordet. Einigen gelang die Flucht, sie leben verstreut und weit weg von Wien. Es sind hauptsächlich Ältere, die im April 1945 SPÖ und ÖGB gründen. Eine Schicht ehemaliger Funktionär*innen, die sich nicht verstecken oder fliehen mussten, sich mit dem Faschismus arrangiert hatten. Es sind hauptsächlich die Rechten (Renner, Schärf, Böhm etc.) in Partei und Gewerkschaft, die in den Vordergrund treten. Die Linken sind ja nicht mehr oder noch nicht da.

ÖGB und SPÖ werden am Reißbrett entworfen. Die sich gerade formierende

Basis, die mancherorts herrenlose Betriebe übernimmt, Nazis vertreibt und gemeinsame antifaschistische Strukturen von Sozialist*innen und Kommunist*innen aufbaut, soll vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

Wie 1918: der Kapitalismus wird gerettet

In der SPÖ geht es darum, den Einfluss der Linken einzudämmen. Der austromarxistische Reformismus war vor den Augen der Arbeiter*innen mit Zaudern und Zurückweichen in der Praxis spätestens im Bürgerkrieg 1934 gescheitert. Die Glaubwürdigkeit war dahin, die Partei gespalten. Wer im Widerstand kämpfte, tat das in der Regel in den Revolutionären Sozialisten, einer Abspaltung von der Sozialdemokratie, oder in der KPÖ. Doch es brauchte Zugeständnisse an die Linke, die in Widerstand und Exil weit mehr Anerkennung im Kampf gegen den Faschismus erworben hatte, als Renner, Schärf & Co. „daheim“ in der Ostmark. Die SPÖ ist daher keine direkte Fortsetzung der Sozialdemokratie der 1. Republik, sondern ein Zusammenschluss mit den Revolutionären Sozialisten. Faktisch haben aber die Rechten das Ruder fest in der Hand. Die Linke in der SPÖ setzt auf Ducken und Durchtauchen, beteiligt sich zeitweise sogar an antikommunistischer Hetze. Die Einheit der Partei wird bis heute zum Dogma, dem letztlich jede organisierte, oppositionelle Politik geopfert wird. So wird die Linke in der SPÖ zum wirkungslosen Feigenblatt.

Nach 1945 ist der Zusammenhang

von Faschismus und Kapitalismus sehr vielen klar. Deswegen geben sich selbst bürgerliche Parteien wie ÖVP oder CDU antikapitalistisch. Beim ÖGB holt man sich neben SPÖ und KPÖ noch die ÖVP an Bord. Mittels „Sozialpartnerschaft“ soll der Kapitalismus gezähmt, nicht gestürzt, werden. Die KPÖ-Führung setzt mit überparteilichem ÖGB und ihrer Rolle bei der Republikgründung auf die stalinistische Volksfronttheorie. Eigentlich war diese „Theorie“ vom Zusammenschluss aller antifaschistischen Kräfte unter Aufgabe des eigenen sozialistischen Ziels, schon in den 1930er Jahren gescheitert. Hier drückt sich in ihr die Kontrolle der stalinistischen Bürokratie in Moskau aus, denn nach 1945 gibt es in vielen Ländern die Hoffnung und auch konkrete Ansätze für eine demokratische Gesellschaft, die Faschismus und Kapitalismus beseitigt. Aber alles ist besser, als eine unkontrollierbare, revolutionäre Entwicklung im Nachkriegseuropa, die die privilegierte Stellung der Bürokratie in der UdSSR gefährden könnte. Die Schnelligkeit, mit der das Volksfront-Bündnis von SPÖ und ÖVP beendet wird, hat die österreichischen Stalinist*innen um Kopenig, Fischer, Honner oder Fürnberg wohl überrascht. Und sobald die Situation soweit stabilisiert ist, dass mit keiner revolutionären Bewegung zu rechnen ist, lässt die Moskauer Bürokratie zu, dass die KPÖ aus Regierung und dem öffentlichen Leben geworfen wird. Der Kapitalismus ist gerettet, die Zeche zahlt einmal mehr die Arbeiter*innenklasse.

- » Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- » Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- » Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- » Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- » Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von Österreicher*innen und Migrant*innen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- » Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- » Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der Arbeiter*innenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- » Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- » Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- » Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die Arbeiter*innenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.
- » Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- » Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle.
- » Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- » Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- » Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für Migrant*innen, Gewerkschafter*innen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- » SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine Stellvertreter*innenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für Arbeiter*innen, Arbeitslose & Jugendliche, deren Vertreter*innen keine Privilegien haben.

Vorwärts-Abo: 24€ | Sozial-Abo: 14€ (für Menschen ohne eigenes Einkommen)

All-Inclusive-Abo: 7€/Monat (Zeitung + alle Publikationen der ISA Österreich)

Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 25600000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

**VORWÄRTS
ABONNIEREN!**

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 304 | 07-08/2022 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€

ehemals:
ISA  **SLP**
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE Sozialistische Linkspartei

Sommer. Sonne. Sozialismus

SOZIALISTISCHES SOMMERCAMP

21.-28. AUGUST

KÄRNTEN/KOROŠKA



SEI DABEI!

» Das Sommercamp von ISA & Rosa:
Unterbringung in Bungalow, Zelt oder Einzelzimmer



» Mit **internationalen Sozialist*innen** aus den USA, Britannien, Belgien, Osteuropa, Israel/Palästina, Deutschland, Österreich und mehr

» **Arbeitskreise** zu Krieg & Imperialismus, Hunger & Klima, Rassismus & Frauenunterdrückung, Geschichte & Theorie, Österreich & International